

## **KULTUREN UND KOLONIALISMUS**

# **Der Kampf um die Menschenrechte von LSBTIQ\* im Licht der Debatte um Dekolonisierung**



**Internationale  
Menschenrechtsarbeit  
für LSBTIQ\* muss  
dekolonial sein.**



Schriftenreihe der Hirschfeld-Eddy-Stiftung **BAND 7**

Köln/Berlin, Dezember 2024

ISSN 1865-6056

## IMPRESSUM

Hirschfeld-Eddy-Stiftung  
Postfach 10 34 14  
50474 Köln

*V.i.S.d.P.:* Klaus Jetz

*Redaktion:* Sarah Kohrt, Klaus Jetz

*Lektorat:* Juliane Steinbrecher

*Übersetzung aus dem Englischen:* Stefan Gabriel, Carsten Hinz

*Layout:* Marion Brandes, designbrandes.de



<https://www.hirschfeld-eddy-stiftung.de/infozentrum/projekt-2024-kulturen-und-kolonialismus>

**Kulturen und Kolonialismus –  
Der Kampf um die Menschenrechte von LSBTIQ\*  
im Licht der Debatte um Dekolonisierung**

---

**Internationale Menschenrechtsarbeit für LSBTIQ\* muss dekolonial sein.**

---

Internationale Menschenrechtsarbeit für LSBTIQ\* muss dekolonial sein. Warum die Hirschfeld-Eddy-Stiftung ein Projekt zum Thema „Kulturen und Kolonialismus“ gestartet hat.

**SARAH KOHRT**

---

5

Decolonize Foreign Policy: Emanzipatorische Arbeitsbeziehungen schaffen

**DR. STELLA NYANZI**

---

9

Der antikoloniale Imperativ: Unterstützung für den Kampf von LSBTIQ\* in Afrika

**ABDUL-WADUD MOHAMMED**

---

13

Die pazifischen Inselstaaten und der Kampf um die Entkolonisierung der LSBTIQ\*-Rechte

**YMANIA BROWN**

---

17

# Internationale Menschenrechtsarbeit für LSBTIQ\* muss dekolonial sein. Warum die Hirschfeld-Eddy-Stiftung ein Projekt zum Thema „Kulturen und Kolonialismus“ gestartet hat.

„Von den spirituellen Beschützer\*innen der philippinischen Ureinwohner\*innen, den Babaylan, bis hin zu den Ogbanje in Nigeria hat es im Laufe der Geschichte überall eine Vielfalt an sexuellen Orientierungen und Geschlechtsidentitäten gegeben.“

Das stellt der Unabhängige Experte der UN gegen Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität (SOGI) in seinem Bericht 2023 zu den Folgen des Kolonialismus in Bezug auf SOGI fest.

**Das Wissen über diese präkolonialen Kulturen der Offenheit gegenüber gleichgeschlechtlichen, trans\* und nicht-binären Lebens- und Ausdrucksformen ist verschüttet, verdrängt und wenig erforscht, denn der Kolonialismus setzte ihnen ein gewaltsames Ende.**

Die kolonialen Rechtssysteme, abgeleitet vom britischen, französischen oder auch wilhelminischen Recht, führten strenge Sexual- und Geschlechternormen ein und kriminalisierten Homosexualität. Missionsschulen legitimierten die Umerziehung und Verdrängung der Kulturen und verbreiteten preußische und viktorianische Sexualmoral. Gleichgeschlechtliche Lebensweisen wurden dämonisiert. Diese Formen der Queerfeindlichkeit sind ein Erbe des Kolonialismus. Deshalb muss internationale Menschenrechtsarbeit für LSBTIQ\* dekolonial sein.

Ab den 1950er Jahren erkämpften sich die kolonisierten Staaten die Unabhängigkeit. Aber die Geschlechterverhältnisse und Sitten betreffenden Normierungen blieben weitgehend unangestastet. Erst Ende der 2010er Jahre gelang es in einigen Ländern wie Botsuana und Indien, sich vom britischen Kolonialrecht zu entfernen und homosexuelle Handlungen zu entkriminalisieren. Und aktuell beendete der Oberste Gerichtshof in Namibia im Juni 2024 das Verbot von gleichgeschlechtlichen Beziehungen.

## Bahnbrechendes Urteil zur Entkriminalisierung aus Botswana

2019 hob der High Court in Botswana die Strafbarkeit homosexueller Handlungen auf. Im Gerichtssaal in der Hauptstadt Gaborone jubelten Aktivist\*innen und schwenkten Regenbogenfahnen. Die Klage hatte die Organisation LEGABIBO (Lesbians, Gays and Bisexuals of Botswana) eingereicht. Die Richter\*innen waren einstimmig der Meinung, dass die Artikel 164, 165 und 167 des Strafgesetzbuches gegen die Verfassung von Botswana, gegen das Recht auf Privatsphäre und somit gegen ein Grundrecht verstießen. Die Justiz habe sich nicht in die Wahl der Sexualpartner\*innen einzumischen. Unterschiedliche sexuelle Orientierungen seien menschlich und keine Modeerscheinung. Die Gesetze seien diskriminierend, weil sie die Würde und die Freiheit einschränkten. **„Es gibt nichts Vernünftiges an Diskriminierung.“**, so der Richter Michael Leburu. Die Urteilsbegründung verweist zudem auf den Ursprung des Gesetzes: **„Mit dem Kolonialismus wurde zwischen dem 17. und 20. Jahrhundert der Straftatbestand ‚sodomy‘ in die britischen Kolonien importiert.“**

## Das Projekt „Kulturen und Kolonialismus“

Mit dem Projekt „Kulturen und Kolonialismus“ verknüpft die Hirschfeld-Eddy-Stiftung die Themen Antirassismus und Dekolonisierung mit den Menschenrechten von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans\*- und intergeschlechtlichen sowie weiteren queeren Menschen (LSBTIQ\*) weltweit. Es geht um die Aufarbeitung der deutschen und europäischen Kolonialgeschichte, um queere Kolonialerfahrung und Empowerment. Unser Fokus liegt auf dem Dialog mit NGOs und Organisationen auf dem afrikanischen Kontinent.

### DEUTSCHE KOLONIALGESCHICHTE

Bis zum Ersten Weltkrieg gehörte Deutschland zu den vier größten Kolonialmächten. Deutsche Kolonien lagen zum Beispiel in den heutigen Ländern Namibia, Ruanda, Togo, Kamerun und Tansania. Der deutsche Kolonialismus war gekennzeichnet von missionarischem Eifer, rassistischer Gewalt, dem ersten Genozid des 20. Jahrhunderts und einer dehumanisierenden Rassenideologie.

## Emanzipationsbewegungen

In Europa wurden Homosexualität und Transgeschlechtlichkeit in den letzten Jahrzehnten entkriminalisiert und liberalisiert. Das ist vor allem auf Druck der Emanzipationsbewegungen geschehen. Weltweit gelang es Aktivist\*innen und lokalen Akteur\*innen, diskriminierende Gesetze vor Gerichten erfolgreich anzufechten. Heute verteidigen queere Gruppen und NGOs in allen Ländern ihre Menschenrechte. Immer mehr NGOs aus dem Globalen Süden und Norden arbeiten gemeinsam an der Aufarbeitung der Folgen der Kolonialgeschichte.

## Dekoloniale Praxis

Diese Emanzipations-Impulse greift das Projekt „Kulturen und Kolonialismus“ in Veranstaltungen mit Aktivist\*innen aus Namibia, Ruanda, Tansania, Uganda oder Südafrika auf. Wie wichtig das ist, betonte im Webtalk zu „Drei Jahre LSBTI-Inklusionskonzept – Vorhaben und Wirklichkeit postkolonialer Ansprüche“ eine namibische Aktivistin:

„This is the first start of us connecting from the Global North and the Global South.“

Sie forderte zudem eine neue Haltung in der Zusammenarbeit und schlägt vor, Entwicklung neu zu denken. In diesem Sinn steht das Projekt „Kulturen und Kolonialismus“ für die Notwendigkeit einer postkolonialen Praxis in der internationalen Zusammenarbeit mit und für LSBTIQ\*.

### 13-Punkte-Forderungskatalog für ein LSBTI-Inklusionskonzept des BMZ

Bereits 2017 formulierte die Zivilgesellschaft in einem 13-Punkte-Programm die inhaltlichen Anforderungen an eine LGBTQ\*-inklusive Auswärtige Politik und Entwicklungszusammenarbeit. Darin heißt es in Punkt 10:

#### **Kulturen und Kolonialismus**

Das BMZ wird ein Sonderprogramm „Kulturen und Kolonialismus“ starten, mit dem Organisationen, Personen und Gruppen gefördert werden, die die Geschichte, Lebensberichte und Traditionen der regionalen „Homosexualitäten, Geschlechtlichkeiten und Gendergeschichten“ sammeln und dokumentieren. Dabei werden ausdrücklich auch die Missionsgeschichte und die Kolonialverantwortung Deutschlands reflektiert. Außerdem wird für ein entsprechendes Programm mit Forschenden und Universitäten in den Partnerländern eine Kooperation mit dem BMBF gestartet.

Ein solches Sonderprogramm gibt es bislang leider nicht, aber die Hirschfeld-Eddy-Stiftung zeigt mit ihrem eigenen Projekt „Kulturen und Kolonialismus“, in welche Richtung es mit einer dekolonialen internationalen Menschenrechtsarbeit für und mit LSBTIQ\* gehen könnte.

Mit diesem Reader geben wir einen Einblick in die Ergebnisse.

#### **SARAH KOHRT**

Projektleitung Hirschfeld-Eddy-Stiftung

# Call for Contributions

## Mit dem Projekt „Kulturen und Kolonialismus“ will die Hirschfeld-Eddy-Stiftung:

- die politische Aufarbeitung der europäischen Kolonialgeschichte mit der Advocacy-Arbeit für die Menschenrechte von LSBTIQ\* verknüpfen,
- dokumentieren, welche negativen Folgen die Kolonial- und Missionsgeschichte auf Geschlechterrollen und LSBTIQ\* bis heute haben,
- den Vorwurf des Neokolonialismus bezogen auf die Menschenrechtsarbeit für LSBTIQ\* entkräften,
- belegen, dass Menschenrechtsarbeit für LSBTIQ\* einen dekolonialen Ansatz haben muss und Kriterien dafür entwickeln.

## Das Projekt „Kulturen und Kolonialismus“ fragt deshalb:

- ① Forschen Sie zu präkolonialen Geschlechterverhältnissen?
- ① Forschen Sie zu den Folgen der Missionsgeschichte für Geschlechterrollen und Sexualnormen?
- ① Haben Sie Erfahrungen mit dekolonialen Projekten in der internationalen Menschenrechtsarbeit oder Entwicklungszusammenarbeit?
- ① Können Sie Kontakte zu Universitäten oder Forschungsgruppen in afrikanischen Staaten vermitteln, die zu LSBTIQ\* arbeiten?



Wir sind uns bewusst, dass dies sehr spezielle Fragen sind, und gerade deshalb freuen wir uns sehr über Ihre Hinweise. Bitte schreiben Sie eine Mail an [info@hirschfeld-eddy-stiftung.de](mailto:info@hirschfeld-eddy-stiftung.de)

**DR. STELLA NYANZI**

KEYNOTE AUF DER KONFERENZ

„KULTUREN UND KOLONIALISMUS“

*Foto: Claudia Reinhardt*



## Decolonize Foreign Policy: Emanzipatorische Arbeitsbeziehungen schaffen

Ich danke Sarah Kohrt von der Hirschfeld-Eddy-Stiftung dafür, dass ich hier die Gelegenheit habe, meine Gedanken zu der Frage darzulegen, weshalb eine Dekolonisierung der Außenpolitik so wichtig ist. Im heutigen globalen Kontext lange anhaltender Kriege, die erhebliche Verschiebungen finanzieller Prioritäten zugunsten von Verteidigung, Sicherheit und Militarisierung erforderlich machten, konzentrieren sich Diskussionen über die Außenpolitik hauptsächlich auf Themen der Sicherheit, der Energieversorgung und des internationalen Handels. In diesem Sinn sind die gegenwärtigen außenpolitischen Bemühungen vor allem auf starke Partner\*innen wie die Vereinigten Staaten von Amerika, Russland bzw. China ausgerichtet.

Ich möchte hier jedoch den Blick zurücklenken auf das wichtige, aber derzeit weniger priorisierte Thema der Menschenrechte (insbesondere für marginalisierte Gruppen) im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zwischen mächtigen Ländern wie Deutschland und Ländern mit schwach ausgeprägten Demokratien und Volkswirtschaften, insbesondere im Globalen Süden.

### Beziehungen zwischen Geber- und Empfängerländern müssen dekolonisiert werden

Es kommt darauf an, die bilateralen und multilateralen Beziehungen zwischen mächtigen Geberländern, die verschiedene Entwicklungsprogramme unterstützen, und den Empfängerländern, von denen viele auf eine unterschiedliche Kolonialgeschichte zurückblicken, zu dekolonisieren. Durch die historische Wende der formellen staatlichen Unabhängigkeit wurden ehemalige Kolonisator\*innen zu Geber\*innen, die Mittel für Entwicklungsprogramme bereitstellen, während jene, die kolonialisiert wurden, zu Empfänger\*innen von Hilfsleistungen für den Aufbau der öffentlichen Infrastruktur in ihren Ländern geworden sind. So wurden ehemalige Kolonialmächte wie das heutige Vereinigte Königreich, Frankreich, Deutschland, Spanien, Portugal, die Niederlande und Italien zu den wichtigsten Geberländern aus dem Globalen Norden. Ihre ehemaligen Kolonien in Afrika, Asien und Lateinamerika sind heute Empfänger\*innen von Entwicklungshilfe.

## Asymmetrische Machtverhältnisse sind ein koloniales Erbe

Dieses Merkmal des kolonialen Erbes prägt heutzutage viele Außenbeziehungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Es handelt sich dabei weniger um gleichberechtigte Partnerschaften, sondern vielmehr um asymmetrische Machtverhältnisse zwischen Geber\*innen und Empfänger\*innen von Entwicklungshilfe. Der Kolonialismus verlieh den Kolonisateur\*innen die Macht, als Akteure aufzutreten, während ihre kolonialisierten Subjekte gleichzeitig zu machtlosen und abhängigen Opfern degradiert wurden. Ein altes afrikanisches Sprichwort besagt, dass „die gebende Hand immer die Oberhand behält“. Ein anderes gängiges Sprichwort lautet: „Wer die Kapelle bezahlt, bestimmt die Musik.“ Die Dekolonisierung macht es sich zur Aufgabe, über die Wirkungsweisen von Macht und Ohnmacht nachzudenken und diese selbstkritisch zu hinterfragen, um dann auf inhaltliche Agenden, Mittelzuweisung, Arbeitsteilung, Priorisierung von Bedürfnissen, Feststellung des Nutzens, Bewertung von Ergebnissen usw. Einfluss zu nehmen. Wer profitiert von kolonialer Macht? Wem dienen koloniale Beziehungen?

## Wem nützt die politische und wirtschaftliche Macht? Wer bleibt ausgeschlossen?

In überwiegend patriarchalen und heteronormativen Gesellschaften mit Machthierarchien, die sich nach Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Alter, Klasse und geografischer Lage richten, ist es wichtig, immer wieder zu hinterfragen, wem die politische und wirtschaftliche Macht nützt. Wer erhält einen Anteil aus den staatlich verfügbaren Mitteln? Wer bleibt ausgeschlossen? Wessen Bedürfnissen wird Gehör verschafft? Wessen Themen werden verschwiegen und gestrichen? Wer wird sichtbar und wer wird unkenntlich gemacht? In patriarchalen Gesellschaften beispielsweise, in denen Geschlechterbinarität die einzig akzeptierte Norm ist, stehen Männer und Jungen in der Regel an der Spitze sozialer Hierarchien, während lediglich Frauen und Mädchen zumindest als sichtbare geschlechtliche Minderheit anerkannt werden. Nicht-konforme Geschlechtsidentitäten, nicht-binäre Menschen, Personen der dritten Option, Transgender, trans\* und intergeschlechtliche Personen stehen außen vor. Zudem wird in heteronormativen Gesellschaften allein Heterosexualität gesellschaftlich akzeptiert. Andere Formen der Sexualität werden unsichtbar gemacht, ausgelöscht, verleugnet und ignoriert. In extremen Fällen werden nicht-heteronormative Sexualitäten als andersartig oder entfremdet diffamiert bzw. verteufelt, pathologisiert oder kriminalisiert.

Mit der derzeitigen Ausgrenzung wird oft das koloniale Erbe fortgesetzt, das auf binären Dichotomien von Patriarchat und Heteronormativität beruht.

## Ausgrenzung setzt das koloniale Erbe fort

Inwieweit wurden geschlechtliche und sexuelle Minderheiten bei der Definition der Staatsbürgerschaft in der Zeit nach der Unabhängigkeit im nationalen Konsens einbezogen oder ausgeschlossen? Statt die zum Zeitpunkt der formellen Unabhängigkeit als koloniales Erbe bestehenden Ausgrenzungen weiter zu verfestigen, muss eine dekoloniale Außenpolitik darum bemüht sein, nicht-konforme Geschlechtsidentitäten und gleichgeschlechtliche Sexualitäten in die unterschiedlichen Programme der Entwicklungshilfe einzubeziehen. Aufgrund der Handlungsmacht der Geberländer ist es möglich, für patriarchale und heteronormative Empfängerländer

– insbesondere, wenn diese frauenfeindlich und homophob eingestellt sind – bewusst inklusive Finanzierungsprogramme zu schaffen, diese umzusetzen, zu überwachen und zu schützen. Es kann auch durchaus die Bedingung gestellt werden, die Entwicklungshilfe so einzusetzen, dass damit die Gleichstellung der Geschlechter bzw. die Inklusion bestimmter marginalisierter Gruppen gefördert wird.

Durch eine bewusste politische Benennung ausländischer Unterstützung als „feministisch“, „queer“, „inklusiv“ usw. kann sichergestellt werden, dass ansonsten ausgeschlossene gesellschaftliche Gruppen einbezogen werden.

Dadurch werden Lesben, Schwule, trans\*, bisexuelle, intergeschlechtliche und queere Menschen fester Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit, und zwar so, wie es im jeweiligen Kontext vor Ort wirkungsvoll ist.

## LSBTIQ\* als Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit

Wie kann man aber über eine reine Rhetorik der Benennung oder Umbenennung bestehender außenpolitischer Ansätze hinausgehen? Oder besser noch, wie kann sichergestellt werden, dass Umbenennungen wirksam sind und zu greifbaren Veränderungen führen, mit denen derzeitige Ungerechtigkeiten der Ausgrenzung überwunden werden? Anstatt Standardmaßnahmen und Programme umzusetzen, die von außen kommen und nach einem einheitlichen Schema auf unterschiedliche Kontexte angewendet werden, ist vielmehr eine Zusammenarbeit mit Expert\*innen vor Ort gefragt, die aus ganz verschiedenen Bereichen kommen, einschließlich Nichtregierungsorganisationen einschlägiger gesellschaftlicher Gruppen oder auch informeller indigener Vereinigungen, die über lokales Wissen verfügen. In diesem Sinn müssen paternalistische und bevormundende Hierarchien zwischen Vorgesetzten und Untergebenen in emanzipatorische Arbeitsbeziehungen umgewandelt werden, bei denen lokale Autonomie, Selbstbestimmung und kontextbezogene Autorität anerkannt und gestärkt werden; nur so können die Maßnahmen auf den jeweiligen konkreten Kontext sowie die tatsächlichen Bedürfnisse vor Ort zugeschnitten werden.

Anstatt fremde Sprachen und fremde Metaphern zu nutzen, um für die Menschenrechte marginalisierter Personen und Gruppen zu kämpfen, sollten lokale Sprachen und Vorstellungen genutzt werden, um Botschaften im jeweiligen kulturellen Kontext zu vermitteln.

Lösungen werden besser angenommen, wenn sie vor Ort und innerhalb lokaler Gemeinschaften entwickelt wurden.

## Expert\*innen vor Ort anhören

Selbst in patriarchalen, heterosexistischen Ländern wie in meinem Heimatland Uganda, ist es möglich, Entwicklungshilfe so zu dekolonisieren, dass die derzeit kriminalisierten LSBTIQ\*-Personen eingeschlossen werden. Besonders dringlich ist hierfür die Unterstützung von Rechtsreformen, die durch Basisorganisationen der Zivilgesellschaft, Fachleute wie Anwält\*innen und Journalist\*innen sowie andere engagierte Menschen entwickelt werden.

Wenn zur Erarbeitung von Rechtsreformen ein öffentliches Auftreten von Personen und Gruppen erforderlich ist, kommt es umso mehr darauf an, Vertraulichkeit, Sicherheit und Schutz zu gewährleisten, indem insbesondere Beamt\*innen der Polizei, des Strafvollzugs und der Justiz, aber auch Journalist\*innen und Community-Mitglieder im Allgemeinen kontinuierlich zum Thema Menschenrechte geschult werden.

## Einbeziehung von queeren Themen in Gesundheit, Bildung ...

Die Einbeziehung von queeren Themen in öffentliche Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung, Wohnen, Rechtshilfe, freie Meinungsäußerung, digitale Demokratie usw. ist ebenso wichtig wie Intersektionalität, damit verschiedene Gender und Sexualitäten in Planung, Umsetzung, Monitoring und Evaluation einbezogen werden. Ein wichtiger Faktor ist dabei die Stärkung von Kapazitäten und Kompetenzen von Führungspersonen der verschiedenen Communitys, damit diese sich nachhaltig für den Schutz der Menschenrechte marginalisierter Bürger\*innen, einschließlich LSBTIQ\* einsetzen und weitere Verbündete für diesen Kampf gewinnen können.

### DR. STELLA NYANZI

Keynote auf der Konferenz „Kulturen und Kolonialismus“



Foto: Matte Derrick

**DR. STELLA NYANZI** ist eine ugandische Dichterin, Dissidentin und feministische Aktivistin, die sich für die Rechte von LSBTIQ\*, für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte, für freie Meinungsäußerung und digitale Freiheit einsetzt. Sie hat einen Doktor in medizinischer Anthropologie von der London School of Hygiene and Tropical Medicine. Seit 2022 ist sie Stipendiatin des Writers-in-Exile-Program des PEN-Zentrums Deutschland und lebt mit ihren Kindern in Bayern.

**ABDUL-WADUD MOHAMMED**

REDE AUF DER KONFERENZ

„KULTUREN UND KOLONIALISMUS“

*Foto: Claudia Reinhardt*



## Der antikoloniale Imperativ: Unterstützung für den Kampf von LSBTIQ\* in Afrika

**Die LSBTIQ\*-Community in Afrika steht vor großen Herausforderungen und ist systemischer Diskriminierung ausgesetzt, die auf das koloniale Erbe zurückgeht und durch kulturelle Normen und religiöse Ansichten verstärkt wird. Durch die Inanspruchnahme ausländischer Hilfe zur Sicherung unserer Rechte beugt sich die LSBTIQ\*-Community nicht dem Neokolonialismus, sondern führt vielmehr einen antikolonialen Kampf für Gerechtigkeit und Gleichberechtigung.**

Am 15. November 2024 ist es genau 140 Jahre her, dass die Berliner Konferenz stattfand, die die gesellschaftlichen Strukturen und Normen Afrikas nachhaltig prägte. Die Kolonialmächte setzten ihre Wertvorstellungen, zu denen enge Auffassungen von Geschlecht und Sexualität gehörten, oft mit Strafgesetzen durch, die nicht heteronormative Ausdrucksformen kriminalisierten. Viele postkoloniale afrikanische Länder haben diese Gesetze übernommen. Dazu gehören Gesetze aus der Kolonialzeit wie der Criminal Offense Act von 1960 in Ghana, der gleichgeschlechtliche Beziehungen unter Strafe stellt.

### Bedeutet die Inanspruchnahme ausländischer Hilfen die Fortsetzung neokolonialer Abhängigkeiten?

Kritiker\*innen könnten argumentieren, dass die Inanspruchnahme ausländischer Hilfen seitens der LSBTIQ\*-Community in Afrika zur Fortsetzung neokolonialer Abhängigkeiten führen werde. Eine solche Sichtweise bedeutet jedoch eine übermäßige Vereinfachung der komplexen Situation. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Basisbewegungen, die sich für die Rechte und das Wohlergehen queerer Menschen in Afrika einsetzen, suchen keine Unterstützung, um koloniale Strukturen zu verfestigen, sondern um diese anzufechten. Ausländische Hilfe dient dabei als Instrument, um den Stimmen der LSBTIQ\*-Community Gehör zu verschaffen, Basis-

bewegungen zu stärken und sich repressiven Gesetzen und gesellschaftlichen Einstellungen zu widersetzen, die aus der Zeit des Kolonialismus stammen. Dies ist heute umso wichtiger, da wir auf dem ganzen Kontinent eine Verschärfung der Gesetze gegen LSBTIQ\*-Personen erleben. Dabei kommt es insbesondere darauf an, das Argument zu widerlegen, dass ausländische Hilfe die nationale Souveränität und Selbstbestimmung untergrabe. Dies wird von vielen afrikanischen Politiker\*innen gebetsmühlenartig angeführt, die der Ansicht sind, der Westen würde ihnen mit seinen Hilfsleistungen seine Werte aufzwingen. **Obwohl ich ähnliche Gedanken dazu habe, finde ich es scheinheilig, wenn afrikanische Politiker\*innen dies immer nur dann ansprechen, wenn es um die Rechte von LSBTIQ\*-Personen geht.** Ich glaube aber auch, dass Souveränität kein absolutes Konzept ist, das sich vom realen Ungleichgewicht der Machtverhältnisse und der systemischen Unterdrückung losgelöst betrachten lässt.

Für marginalisierte Bevölkerungsgruppen wie die LSBTIQ\*-Community in Afrika muss Souveränität auch die Möglichkeit beinhalten, repressive Gesetze und gesellschaftliche Normen anzufechten, wenn diese ihnen ihre menschliche Würde absprechen.

## LSBTIQ\*-Organisationen der Zivilgesellschaft stellen koloniale Strukturen infrage

Ausländische Hilfe sollte nicht dazu dienen, westliche Werte durchzusetzen, sondern eine Form der Solidarität mit marginalisierten Gruppen und Minderheiten sein, die sich für Selbstbestimmung und Autonomie einsetzen. **Lokale Initiativen sollten unterstützt und Mittel für die Gesundheitsversorgung und gemeinschaftsbasierte Dienstleistungen bereitgestellt werden, die aufgrund von staatlicher Vernachlässigung oder aktiver Unterdrückung oft nicht zugänglich sind.** Ein Paradebeispiel ist die Verabschiedung des Gesetzes gegen Homosexualität in Uganda, die damit unter Todesstrafe steht. Zivilgesellschaftliche und Basisorganisationen der LSBTIQ\*-Community sind nun gezwungen, nach alternativen Wegen zu suchen, um ihre Gemeinschaft zu unterstützen und gegen repressive und strafrechtliche Vorschriften zu kämpfen. Dies ist mit enormen Kosten verbunden und erfordert deshalb ethische Partnerschaften auf Augenhöhe, bei denen beide Seiten gleichermaßen an der Planung und Umsetzung von Projekten beteiligt sind.

## LSBTIQ\*-Bewegungen überschneiden sich mit anderen Bewegungen für soziale Gerechtigkeit

Der Kampf für LSBTIQ\*-Rechte ist eng verknüpft mit breiteren Bewegungen für soziale Gerechtigkeit. Es ist wichtig, zu erkennen, dass die LSBTIQ\*-Community in Afrika in ihrem Kampf nicht isoliert ist, sondern sich ihre Anliegen mit denen anderer Bewegungen für Gleichberechtigung, Menschenrechte und Dekolonisierung überschneiden. Die Solidarität zwischen diesen Bewegungen stärkt den antikolonialen Kampf, bei dem die Unterdrückungssysteme an der Wurzel angepackt werden. Dies erfordert zudem einen dekolonisierten Ansatz bei der Beantragung und Bewilligung von Fördermitteln. Zivilgesellschaften und Entwicklungsorganisationen im Westen müssen erkennen, wie wichtig es ist, ihre Konzepte der Bereitstellung von Hilfe zu dekolonisieren, angefangen bei den Kriterien für den Zugang zu Hilfsleistungen.

**Eine Dekolonisierung des Zugangs zu Hilfe für zivilgesellschaftliche und gemeinschaftsbasierte Organisationen der LSBTIQ\*-Community in Afrika bedeutet, dass die Voraussetzungen für den Erhalt von Mitteln und Unterstützung für diese Organisationen so gestaltet sein müssen, dass dabei deren Autonomie respektiert und ihre Expertise anerkannt werden – und ihre Standpunkte und Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen.**

## Entscheidungen müssen von denjenigen getroffen werden, die direkt davon betroffen sind

Geldgeber\*innen und Hilfsorganisationen im Westen müssen gewährleisten, dass die Entscheidungen über Unterstützungsleistungen von denjenigen getroffen werden, die direkt davon betroffen sind. Sie sollten Initiativen unterstützen, die von führenden Aktivist\*innen der LSBTIQ\*-Community vor Ort geleitet werden, da nur sie mit den spezifischen Bedürfnissen und dem Kontext ihrer Community vertraut sind.

Es sollten Mittel zur Stärkung der Kapazitäten lokaler Organisationen bereitgestellt werden, damit diese die Projekte unabhängig verwalten und umsetzen können, anstatt dass externe Schwerpunkte und Ziele vorgegeben werden.

Ich habe mich auf vielen Plattformen und Foren mit verschiedenen staatlichen Stellen und Hilfsorganisationen im Westen für die **Bereitstellung flexibler und langfristiger Mittel** eingesetzt. Bei einer solchen uneingeschränkten Finanzierung könnten die Organisationen die Mittel so einsetzen, wie sie es für zweckmäßig halten, anstatt sie an spezielle Projekte oder vorgegebene Agenden zu binden. Eine langfristige, mehrjährige Finanzierung ermöglicht eine nachhaltige Entwicklung und verringert die Belastung durch ständige Akquise neuer Fördermittel. Unterbrechungen bei der Unterstützung von Projekten und Programmen könnten so vermieden werden.

## Wir brauchen einen dekolonisierten Ansatz bei der Beantragung und Bewilligung von Fördermitteln

Bei den Rückmeldungen, die ich zu meinen Vorschlägen erhalte, geht es immer wieder um die Rechenschaftspflicht, da es sich bei den Zuwendungen um öffentliche Gelder handelt. Ich glaube aber trotzdem, dass eine gegenseitige Rechenschaftspflicht möglich ist, bei der lokale LSBTIQ\*-Communitys in die Entscheidungen zu Vergabe und Verwendung der Mittel einbezogen werden. Durch die Etablierung von Mechanismen für ein kontinuierliches Feedback seitens der Begünstigten kann sichergestellt werden, dass die Hilfe ihren Bedürfnissen entspricht und an etwaige Veränderungen vor Ort angepasst wird. Besonders wichtig erscheint es mir, den Schwerpunkt auf Lern- und Verbesserungsprozesse zu legen und sich nicht nur auf die Rechenschaftspflicht gegenüber den Geldgeber\*innen als maßgebliches Kriterium zu konzentrieren.

Die Bemühungen der LSBTIQ\*-Community in Afrika um Zugang zu ausländischer Hilfe bedeutet keine Kapitulation vor neokolonialen Kräften, sondern ist vielmehr ein selbstbewusstes Bekenntnis zu unserem anti-kolonialen Kampf für Gerechtigkeit und Gleichheit.

Wir stellen das koloniale Erbe infrage, wir fordern die Anerkennung der Rechte von LSBTIQ\*-Personen in Afrika und bestehen auf unserer aktiven Rolle bei der Gestaltung einer inklusiven und gerechteren Gesellschaft, indem wir die Unterstützung der globalen Gemeinschaft suchen. Wenn ausländische Hilfe solidarisch und mit Respekt gegenüber den lokalen Eigenständigkeiten erfolgt, wird sie zu einem mächtigen Instrument im Kampf gegen Unterdrückung und für die Verwirklichung der Menschenrechte für alle.

### **ABDUL-WADUD MOHAMMED**

Panelist auf der Konferenz „Kulturen und Kolonialismus“



Foto: privat

**ABDUL-WADUD MOHAMMED** ist ein namhafter Aktivist für die Rechte von queeren Menschen und derzeit stellvertretender Leiter der von ihm 2018 mitbegründeten Organisation „LGBT+ Rights Ghana“. Darüber hinaus ist er Mitglied des Beirats von „Minority Africa“, einer digitalen Publikation-Plattform, die datengestützten, multimedialen Journalismus nutzt, um Geschichten von Minderheiten aus ganz Afrika zu erzählen.

**YMANIA BROWN**

VIDEOBOTSCHAFT AUF DER KONFERENZ

„KULTUREN UND KOLONIALISMUS“

*Foto: Claudia Reinhardt*



## Die pazifischen Inselstaaten und der Kampf um die Entkolonisierung der LSBTIQ\*-Rechte

**Talofa lava, kia orana, bula vinaka, und herzliche pazifische Grüße an Euch alle. Es ist mir eine große Ehre, heute in einem fremden Land vor Euch zu sprechen und meinen Beitrag zur Dekolonisierung der Köpfe, Herzen und Gesetze zu leisten, während in meinem eigenen Land Samoa – unserem geliebten Herzen des Pazifiks – gerade eine historische Tagung der Regierungschefs des Commonwealth stattfindet.** Das Commonwealth steht für Gesetze, die noch aus dem viktorianischen Zeitalter stammen und mit denen kriminalisiert wird, wen wir lieben und mit wem wir eine Familie gründen – das sind alles Gesetze, um deren Aufhebung wir uns bemühen. Und ich will das hier ganz deutlich ausdrücken: Auf dem Treffen des Commonwealth kommen die Regierungschefs zusammen, um die Zukunft der Mitgliedsstaaten zu gestalten.

### Dekolonisierung der Köpfe, Herzen und Gesetze

Ich fühle mich geehrt, zu diesem Zeitpunkt nun hier zu Euch allen über eine Sache zu sprechen, die mir sehr am Herzen liegt: die Dekolonisierung unserer Länder, unserer Gesetze und vor allem unserer Identitäten. Als Pazifische Insulanerin trage ich die Stimmen unserer Vorfahren in mir – derjenigen, die mit Weisheit, Mut und Hoffnung durch die weiten Ozeane navigierten, lange bevor der Kolonialismus seinen Schatten über unsere Küsten warf. Diese Vorfahren lebten in Gesellschaften, in denen Geschlecht und Sexualität in ihrer ganzen Vielfalt akzeptiert wurden, in denen Menschen wie die Fa’afafine in Samoa, die Leiti in Tonga und die Māhū auf Hawaii, die Hijra in Indien, die Bakla auf den Philippinen, die Kathoeyes in Thailand, die Muxes in Mexiko, nicht nur akzeptiert, sondern verehrt wurden. **Der Kolonialismus veränderte jedoch alles.**

### Der Kolonialismus war auch eine Invasion unserer Kulturen

Für den Pazifik war der Kolonialismus nicht nur eine Invasion unserer Länder, sondern auch unserer Kulturen, unserer Anschauungen und unserer Lebensweise. Als die Missionar\*innen und Kolonialverwalter\*innen kamen, brachten sie starre viktorianische Ideale mit, nach denen alles,

was nicht in die engen Grenzen von Heterosexualität und binärem Geschlechtsverständnis passte, kriminalisiert wurde. **Unsere Identitäten, die jahrhundertlang Bestand hatten, wurden verurteilt. Die britischen Kolonialgesetze, die gleichgeschlechtliche Beziehungen kriminalisierten und sie als „unnatürliche Vergehen“ bezeichneten, wurden im gesamten Pazifikraum durchgesetzt.** Mit diesen Gesetzen, die auf Unwissenheit und Angst beruhten, sollte die von unseren Vorfahren gelebte, reichhaltige Vielfalt von Geschlecht und Sexualität ausgelöscht werden. Der tongaische Theologe **Dr. Jione Havea** sagte einmal:

„Der Kolonialismus hat uns nicht nur unser Land genommen, sondern auch versucht, uns unserer Würde, unserer Identität und unseres Menschseins zu berauben.“

Das Erbe dieser Gesetze aus der viktorianischen Ära plagt auch heute noch viele Pazifikstaaten. In Samoa, Tonga, Papua-Neuguinea und vielen anderen Ländern wird Homosexualität weiterhin kriminalisiert. Diese Gesetze haben die Zeit der Kolonialmächte, in der sie durchgesetzt wurden, überdauert und führen zur Fortsetzung von Diskriminierung sowie zu Stigmatisierung und Gewalt gegen unsere LSBTIQ\*-Communitys. **Diese Gesetze sind mehr als nur überholte Vorschriften. Sie sind Ketten, die uns binden, Überbleibsel eines kolonialen Systems, das nicht nur unser Land, sondern auch unseren Körper und unseren Geist kontrollieren wollte.**

Es ist wichtig zu verstehen, dass es bei der Dekolonisierung um mehr als nur die Rückforderung unseres Landes geht. Es geht darum, dass wir unser Recht zurückfordern, ohne Furcht so zu lieben und zu leben, wie es unserem wahren Wesen entspricht. Diese Gesetze, diese Relikte einer Vergangenheit, mit denen unser Leben bestimmt und eingeschränkt werden sollte, müssen abgeschafft werden. Sie spiegeln nicht wider, wer wir sind, und sie haben keinen Platz in unserer Zukunft.

## Unsere Rechtssysteme und unsere Denkweise dekolonisieren

Im gesamten Pazifik gibt es eine erstarkende Bewegung, die das Ziel hat, diese Ketten zu durchbrechen und nicht nur unsere Rechtssysteme, sondern auch unsere Vorstellungen über Geschlecht und Sexualität zu dekolonisieren. Aktivist\*innen in Fidschi, Tonga, den Salomonen, Tuvalu, Kiribati, Samoa und Vanuatu stehen dabei an vorderster Stelle und drängen auf Gesetzesreformen, setzen sich für die Anerkennung der Geschlechtervielfalt ein und rechnen mit den kolonialen Denkweisen ab, die in unseren Gesellschaften immer noch nachwirken. Bei diesem Kampf geht es jedoch nicht nur um die Rechte von LSBTIQ\*. Es ist ein Kampf um die Seele unserer Nationen. Die Māori-Wissenschaftlerin **Linda Tuhiwai Smith** erinnert uns daran:

„Bei der Dekolonisierung geht es darum, das zurückzufordern, was uns genommen wurde. Es ist ein Kampf um unseren Geist, unsere Stimme und unsere Zukunft.“

**Wir versuchen nicht nur, den angerichteten Schaden zu korrigieren, sondern wir wollen etwas Neues aufbauen, bei dem unsere Vorfahren und die von ihnen gelebten Werte wie Integration, Respekt und Würde geehrt werden.**

## Wir fordern unsere Geschichte, unsere Rechte und unsere Identitäten zurück

Hier im Pazifik beziehen wir uns oft auf den Ozean, wenn wir unsere Lebenswege beschreiben. Die Dekolonisierung ist wie eine Fahrt auf einem weiten und stürmischen Meer. Unsere Vorfahren waren meisterhafte Seeleute, die sich an den Sternen, dem Wind und den Wellen orientierten, um in unbekanntem Fahrwassern zu navigieren.

Heute sind wir mit einer anderen Art von Sturm konfrontiert – dem Sturm des kolonialen Erbes und der systemischen Unterdrückung. Aber auch wir haben unseren Kompass. Dieser Kompass ist unsere Kultur, unsere Gemeinschaft und unser unerschütterlicher Glaube an das Recht, so zu existieren, wie wir sind. **Ich möchte Euch sagen, dass sich der Pazifik nicht nur gegen die Strömungen des Klimawandels erhebt – er erhebt sich auch gegen die Strömungen der kolonialen Unterdrückung. Wir fordern unsere Geschichten, unsere Rechte und unsere Identitäten zurück.**

Die Widerstandsfähigkeit unserer Menschen, insbesondere unserer LSBTIQ\*-Communitys, ist ein Zeugnis für die Kraft des Widerstands, des Überlebens und der Solidarität. Wir dürfen die Stärke der Fa’afafine in Samoa, der Leiti in Tonga und der Māhū in Hawaii nicht vergessen. Diese Gemeinschaften haben jahrhundertlang Unterdrückung und Marginalisierung erlitten, aber sie bestehen nach wie vor – aufrecht, stolz und sichtbar. Schaut mich an! **Unsere Existenz ist ein Akt des Widerstands gegen jene Kräfte, die uns zum Schweigen bringen wollen. Unsere Widerstandskraft gibt all jenen Hoffnung, die mit uns weiter für Gerechtigkeit kämpfen.**

Heute bin ich hier von Euch allen weit entfernt, aber im Geiste frage ich jeden von Euch – Führungspersonlichkeiten, Aktivist\*innen, Verbündete: Welche Rolle werdet Ihr in diesem Kampf für die Dekolonisierung spielen? Wie werdet Ihr die pazifischen Inselstaaten in ihrem Bemühen unterstützen, nicht nur unser Land, sondern auch unsere Rechte, unsere Identität und unsere Zukunft zurückzufordern?

## Wir brauchen Solidarität, wir brauchen Verbündete

**Die Zeit des passiven Beobachtens ist vorbei. Wir müssen handeln. Wir brauchen Solidarität. Wir brauchen Verbündete, die uns zur Seite stehen, wenn wir uns von den Ketten der kolonialen Unterdrückung befreien.**

Dies sollte ein Moment der Reflexion und der Verpflichtung sein. Wenn Ihr heute diesen Raum verlasst, hoffe ich, dass Euch die Dringlichkeit unseres Kampfes bewusst ist. Vergesst nicht, dass der Kampf für LSBTIQ\*-Rechte im Pazifik nicht nur ein Kampf für Gleichberechtigung, sondern ein Kampf ums Überleben ist. Es ist ein Kampf um unsere Würde, unsere Menschlichkeit und unsere Zukunft.

Das Commonwealth tagt jetzt in Samoa und ich bin am anderen Ende der Welt in Kolumbien, während Ihr alle auf der anderen Seite in Berlin seid. Denkt daran, dass der Ozean uns alle verbindet. Die gleichen Wellen, die an Eurer Küste aufschlagen, tragen die Widerstandskraft, die Hoffnung und die Stimmen der Menschen im Pazifik in sich.

## Die Dekolonisierung gemeinsam voranbringen

Ich rufe Euch auf, dass wir uns erheben, die Dekolonisierung gemeinsam voranbringen und eine Zukunft aufbauen, in der wir alle – unabhängig von unserem Geschlecht, unserer Sexualität oder unserer Identität – in Freiheit, mit Würde und Stolz leben können. Zum Abschluss möchte ich die Worte der afroamerikanischen Schriftstellerin und Essayistin **Octavia Butler** zitieren:

„Was ich gerade gesagt habe, war meine Vision. Ich habe eine Vision, weil meine Vorfahren ein Gedächtnis haben!“

Meine Fähigkeit zu träumen, mir eine Zukunft jenseits unserer gegenwärtigen Kämpfe vorzustellen, beruht auf den Erfahrungen, der Widerstandsfähigkeit und der Weisheit derer, die vor mir lebten. Meine generationsübergreifende Stärke ist die Erkenntnis, dass die Erinnerungen, Opfer und Geschichten meiner Vorfahren mich befähigen, mir neue Möglichkeiten vorzustellen und zu schaffen. Fa’afetai lava, danke.

### YMANIA BROWN

Videobotschaft auf der Konferenz „Kulturen und Kolonialismus“ →



Foto: TGEU

**YMANIA BROWN** ist Geschäftsführerin von „Trans Gender Europe and Central Asia“ (TGEU). Sie ist eine international bekannte Menschenrechtsverteidigerin und eine stolze trans fa’afafine Frau aus Samoa. Brown hat ihre zahlreichen Erfahrungen erfolgreich in Unternehmen sowie in Nichtregierungsorganisationen in Australien und weltweit eingebracht; unter anderem arbeitete sie bei der Gruden Group in Australien und bei „Equality Australia“. Derzeit ist sie Co-Generalsekretärin von ILGA World, ehemalige Co-Vorsitzende des „International Trans Fund“ und ehemalige Co-Vorsitzende des „Global Interfaith Network“ (GIN-SSOGIE).



### Alle Texte zum Projekt „Kulturen und Kolonialismus“ im Blog:

→ <https://blog.lsvd.de/tag/kuk-2024/>

Im Rahmen des Hirschfeld-Eddy-Projekts fand im Oktober 2024 in Berlin die internationale Konferenz „KULTUREN UND KOLONIALISMUS – Dekolonisierung und die Menschenrechte von LSBTIQ\*“ mit Vertreter\*innen aus dem Globalen Süden statt. Themen waren die Auswirkung der europäischen Kolonialisierung auf queere Lebensweisen und Gender und Möglichkeiten einer postkolonialen Projektarbeit.



### Dokumentation der Konferenz und alle Veranstaltungen:

→ <https://www.hirschfeld-eddy-stiftung.de/infozentrum/projekt-2024-kulturen-und-kolonialismus/events-webtalks>

## Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung

wurde im Sommer 2007 in Berlin gegründet. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, die Achtung der Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans\*- und intergeschlechtlichen sowie weiteren queeren Menschen (LSBTIQ\*) zu fördern, international Menschenrechtsarbeit und Menschenrechtsverteidiger\*innen aktiv zu unterstützen und sich auf nationaler und internationaler Ebene für Aufklärung und den Abbau von Vorurteilen einzusetzen.

Benannt ist die Stiftung nach dem jüdisch-deutschen Arzt, Sexualwissenschaftler, Sexualreformer und Bürgerrechtsaktivisten **Dr. Magnus Hirschfeld** (1868–1935), der von den Nationalsozialisten ins Exil getrieben wurde, und nach der prominenten lesbischen Menschenrechtsaktivistin **Fannyann Eddy** (1974–2004) aus Sierra Leone, die dort 2004 ermordet wurde.

Mit der Namenskombination zwischen dem Pionier der homosexuellen Bürgerrechtsbewegung aus Deutschland und der zeitgenössischen Menschenrechtsaktivistin aus Sierra Leone soll auch zum Ausdruck gebracht werden: Der Kampf für die Menschenrechte von LSBTIQ\* begann in Europa, findet heute aber auf allen Kontinenten statt; er ist eine weltweite Angelegenheit und es geht dabei um universelle Prinzipien.

In vielen Ländern arbeiten mutige Aktivist\*innen gegen Unterdrückung und Verfolgung. Sie brauchen unsere finanzielle und ideelle Unterstützung. Die Initiative zur Stiftungsgründung entstand im Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (heute LSVD+ – Verband queere Vielfalt), der das Projekt auch organisatorisch unterstützt. 2006 erhielt der Verband offiziell Beraterstatus bei den Vereinten Nationen. Daran knüpft die Hirschfeld-Eddy-Stiftung an.

[www.hirschfeld-eddy-stiftung.de](http://www.hirschfeld-eddy-stiftung.de)



HIRSCHFELD-EDDY-STIFTUNG

# Kulturen und Kolonialismus – Der Kampf um die Menschenrechte von LSBTIQ\* im Licht der Debatte um Dekolonisierung

EIN PROJEKT DER HIRSCHFELD-EDDY-STIFTUNG

Klaus Jetz, Geschäftsführer (V.i.S.d.P.)

Sarah Kohrt, Projektleitung



[https://www.hirschfeld-eddy-stiftung.de/infozentrum/  
projekt-2024-kulturen-und-kolonialismus](https://www.hirschfeld-eddy-stiftung.de/infozentrum/projekt-2024-kulturen-und-kolonialismus)

Schriftenreihe der Hirschfeld-Eddy-Stiftung – **BAND 7**

Köln/Berlin, Dezember 2024

ISSN 1865-6056

Gefördert durch:



Bundesministerium  
der Justiz

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages



**HIRSCHFELD-EDDY  
STIFTUNG**